

I. Aufklärungsbemühungen der Bundesregierung

Im Zuge der Sachverhaltsaufklärung im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Materials von Edward Snowden wurden durch die Bundesregierung folgende wesentliche Maßnahmen eingeleitet. Die nachstehende Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

1. Aufklärungsbemühungen der Vorwürfe gegen die USA

Datum	Maßnahme
10.06.2013	Kontaktaufnahme BM/US-Botschaft m. d. B. u. nähere Informationen Bitte an BKA, BV, BSI und BPol sowie BKAm (für BND) und BMF (für ZKA) zu berichten, welche Erkenntnisse dort über PRISM vorliegen sowie darüber, welche Kontakte mit der NSA bestehen. Bitte um Aufklärung an US-Seite im Rahmen der in Washington unter AA-Federführung stattfindenden Dt-US-Cyber-Konsultationen.
11.06.2013	Übersendung eines Fragebogens des BMI zu PRISM an die US-Botschaft in Berlin. Übersendung eines Fragebogens an die dt. Niederlassungen von acht der neun betroffenen Provider mit der Bitte, über ihre Einbindung in das Programm zu berichten. PalTalk wurde nicht angeschrieben, da es nicht über eine Niederlassung in Deutschland verfügt.
12.06.2013	Schreiben der Bundesministerin der Justiz an den United States Attorney General Eric Holder mit der Bitte, die Rechtsgrundlage für PRISM und seine Anwendung zu erläutern. Vorschlag der Bundesministerin der Justiz gegenüber der litauischen EU-Ratspräsidentschaft und EU-Kommissarin Viviane Reding, den Themenkomplex auf dem informellen JI-Rat am 18./19. Juli 2013 anzusprechen.
14.06.2013	Gespräch zur weiteren Sachverhaltsaufklärung von Hr. BM Rösler und Fr. BMn Leutheusser-Schnarrenberger mit Vertretern von Google und Microsoft.
19.06.2013	Gespräch BKn Merkel mit Präsident Obama am Rande seines Besuchs in Berlin über „PRISM“.
01.07.2013	Telefonat BM Westerwelle mit USA-AM John Kerry. Förmliches Gespräch im Sinne einer Demarche des politischen Direktors im AA, Dr. Lucas, am 1. Juli 2013 mit US-Botschafter Murphy.